Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Einzelnummer 25 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 93 | Dresden, Freitag den 23. April 1920 | 31. Jahrg.

Sächsische Regierungsprobleme

Die letzten 24 Stunden haben in Sachsen keinerlei weitere Ueberraschungen gebracht. Es hat sich inzwischen nur formell vollzogen, **was wir gestern bereits als bestimmt bevorstehend** angekündigt und auch behandelt haben. Das Rücktrittsgesuch des Ministerpräsidenten ist eingereicht und in der Volkskammer durch den Präsidenten verlesen worden. Es wurde ohne jede Aussprache entgegengenommen. Ein in der Kammer umgehendes Gerücht, die Unabhängigen würden einen Antrag auf sofortige Auflösung der Volkskammer stellen, bewahrheitete sich nicht. Wahrscheinlich hat man auf jener Seite noch rechtzeitig eingesehen, daß es der größte Unfug gewesen wäre, wenn man durch eine Auflösung jeden Boden für eine Regierungsneubildung zerstören würde. Der Präsident wies darauf hin, daß jetzt in der Regierung nur noch ein Uebergangszustand bestehe und es unter diesen Umständen ratsam sei, die Verhandlungen bis zur Neubildung der Regierung zu vertagen. In Aussicht wird genommen, die Kammer wieder am 4. Mai zusammenzurufen.

Die Bemühungen, geeignete Männer für die freiwerdenden Regierungsstellen zu schaffen, sind fortgesetzt worden. Seither allerdings ohne bestimmten Erfolg, obwohl eine Reihe Namen genannt worden sind. Die sozialdemokratische Fraktion muß dabei natürlich davon ausgehen, daß sich jeder neue Minister, besonders aber der Ministerpräsident, auf die Durchführung der bekannten elf Punkte verpflichten muß, von denen wenigstens für Sachsen die größten Schwierigkeiten die Demokratisierung der Verwaltung bietet, d. h. die Durchsetzung des Beamtenkörpers in den obersten Schichten mit sozialdemokratischen, demokratischen oder auch sonstigen der Regierung treu republikanisch gesinnten Männern. Man könnte allerdings der Meinung sein, daß die Genossen in erster Linie zur Uebernahme eines Ministerpostens verpflichtet seien, die der Ansicht sind, daß die Demokratisierung der Verwaltung in kürzester Zeit durchgeführt werden müsse und könne. So sehr anzuerkennen ist, daß die Anerkennung der elf Punkte die erste Voraussetzung für jeden neuen Minister sein muß, so eindringlich möchten wir davon abraten, einen neuen Mann auf Ueberstürzung zu verpflichten oder auf einen zuzukommen, der sich seither schon durch sein Verhalten zu besonderer Eile verpflichtet hat. Denn diese Aufgabe bedarf, wenn Unheil vermieden werden soll, sorgsamster Vorbereitung. Die Aufgabe besteht darin, einen Mann zu finden, der mit der erforderlichen Umsicht und Erfahrung an diese Aufgabe herantritt.

Einige Forderungen der 11 Punkte sind bereits in Angriff genommen, einige können nur von der Reichsregierung durchgeführt werden. Eine besondere Aufgabe stellt noch die Sicherung der Hilfspolizei als eine Schutztruppe der Republik dar, die allerdings auch nicht leicht ist, die aber unbedingt bald durchgeführt werden muß. Hier hätte vielleicht auch seither schon mehr geschehen können, wenn von Anfang an der Aufbau auf andrer Grundlage durchgeführt worden wäre.

Ueber die Ursachen der Regierungsumbildung enthält die bürgerliche Presse zum größten Teil ganz unzutreffende Auslassungen. Vor allem werden die Vorgänge in der Partei und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ganz falsch dargestellt. Der Unsinn wird dabei um so größer, je mehr mit Einzelheiten aufgewartet wird. Die wirklichen Ursachen sind im Rücktrittsgesuch des Ministerpräsidenten zutreffend angedeutet und auch in unserm gestrigen Artikel dargelegt worden. Sie sind zu suchen in der steigenden Unzufriedenheit der Genossen im Lande mit der Regierungspolitik, die offenbar auf die Annahme zurückzuführen ist, daß mit größerer Tatkraft und Energie mehr geleistet, vor allem die Demokratisierung der Verwaltung und die Sicherung der Hilfspolizei hätte besser durchgeführt werden können. Die Beobachtungen beim Kapp-Putsch, die Tatsache, daß manche Beamten in leitenden Stellen, vor allem auch Amtshauptleute, sich dabei keineswegs als verfassungstreu gezeigt und manche Offiziere in der Sicherheitspolizei nur noch den richtigen Moment zum Uebergang ins Lager der Hochverräter ausgespäht und nur durch den raschen Zusammenbruch des Staatsstreichs davon abgehalten worden sind, hat den Unwillen im Lande bedeutend gesteigert. Dieser aber richtete sich mehr gegen die Genossen in der Regierung, als er berechtigt war. Man schrieb dabei auf das Schuldkonto der Regierung auch Vorgänge und Unzulänglichkeiten, die aus der Not der Zeit herausgeboren waren und die eine andre Regierung kaum hätte ändern oder vermeiden können.

Ob durch eine konzentrierte Aufklärung der Genossen im Lande die Stimmung der Arbeiterschaft hätte gebessert werden können? Wir sind der Ansicht, daß man hätte alle Kräfte für dieses Ziel einsetzen und mehr in dieser Beziehung tun müssen, als geschehen ist. Schon deshalb, weil uns diese Aufgabe doch nicht erspart bleibt und auch jede andre Regierung vor unerfüllbaren Aufgaben steht, wenn es nicht gelingt, die Arbeiterschaft im Lande davon zu überzeugen, daß viele der geäußerten Wünsche unerfüllbar sind und es heute nicht nur gilt, die alten Forderungen geltend zu machen, sondern auch daraufhin zu prüfen, ob sie unter den heutigen Verhältnissen durchführbar sind. Allerdings diese Aufklärung hätte in erster Linie von den Genossen in der Regierung selbst durchgeführt werden müssen. Nur sie waren mit den Schwierigkeiten eingehend vertraut, nur sie könnten auf Einzelheiten, die zur Illustration der Kritik oft vorgebracht wurden, ausreichend Auskunft geben. Die agitatorisch tätigen Genossen waren dazu oft gar nicht imstande, weil sie den Dingen fern standen und zum Teil wohl auch davon überzeugt waren, daß bei mehr Energie in der Regierung doch auch mehr erreicht und vieles hätte vermieden werden können. Hier berühren wir auch den Grund der Schwierigkeiten, den der Ministerpräsident in seinem Rücktrittsgesuch selbst anführt.

Revision des Gewaltfriedens?

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 23. April. **Aus zuverlässigen, der Regierung nahestehenden Kreisen erfahren wir:**

Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage Europas zwingt die Entente zu einer notwendigen Revision des Versailler Friedensvertrages, die zu einer Abänderung zugunsten Deutschlands führen muß. Nach zuverlässigen Mitteilungen, die der Regierung zugegangen sind, soll noch in diesem Sommer eine Konferenz zur Revision des Friedensvertrages einberufen werden. Man hat den Eindruck, daß sich in den nächsten Wochen und Monaten in außenpolitischer Hinsicht wichtige Dinge vorbereiten und daß die verlangte militärische Abrüstung nur ein Vorwand sein soll, den Alliierten größre Möglichkeiten zur Annäherung an Deutschland zu geben.

Unter den Alliierten herrscht augenblicklich ungeheures Interesse an der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands. Das kommt auch zum Ausdruck darin, daß die Parteien ihre Taktik auf die Möglichkeit einer Verständigung mit der Entente einstellen.

Den englischen Sozialisten wird es vorbehalten sein, eine Revision des wirtschaftlichen Teiles des Friedensvertrages in die Wege zu leiten. Tatsache ist auch, daß die englischen Arbeiterparteien bei dem Plane der englischen Regierung, den Wiederaufbau Europas in die Wege zu leiten, ein Uebereinkommen erzielt haben. Die englische Arbeiterpartei schlägt vor, einen internationalen Ausschuß, dem die Alliierten und Vertreter der früheren feindlichen Länder angehören sollen, zu gründen. Zu der Konferenz soll auch eine Festsetzung der Entschädigungssumme erfolgen.

Die Verstärkung der Reichswehr

Eigene Drahtmeldung

Paris, 23. April. Die deutsche Note, die die Erhaltung einer Armee von 200 000 Mann in Deutschland zur Aufrechterhaltung der Ordnung verlangt, ist Nitti als dem Präsidenten der Konferenz übergeben worden. Zur Stellungnahme von Frankreich und Belgien verlautet, daß die Delegierten dieser Länder auf der strikten Durchführung des Versailler Vertrages bestehen werden.

Keine Einigung über Deutschland

Eigene Drahtmeldung

London, 23. April. Daily Telegraph berichtet, daß Nitti und Lloyd George eine längere Unterredung hatten. Diese Unterredung soll sich angeblich nur um Deutschland gedreht und auf die Bitte Millerands hin stattgefunden haben, der diese nichtoffizielle Verhandlung einer Besprechung in der Konferenz selbst vorzog. Ein Ergebnis wurde nicht erzielt. Der Standpunkt Frankreichs und der beiden andern Länder geht zu weit auseinander. Frankreich hält sich an den Buchstaben des Abkommens und wünscht sogar, wenn nötig, es mit Waffengewalt durchzuführen, während England und Italien behaupten, daß eine ehrliche Ausführung von Deutschland zu erwarten sei, wenn man es unter Berücksichtigung seiner Bedürfnisse und durch die notwendigen Zugeständnisse dazu in die Lage versetze.

Friedensrevision auch für Oesterreich

Eigene Drahtmeldung

Washington, 23. April. Der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten ist eine Resolution zugegangen, die verlangt, daß Oesterreich in die Friedensrevision mit Deutschland mit einbezogen werde. Diese Resolution wird noch vor Ende dieser Woche dem Senat bekannt werden.

Eine Brigade Döberitz

Eigene Drahtmeldung

München, 23. April. **Die Allgäuer Volkswacht bringt eine sensationelle Meldung, nach der die Bildung eines neuen größeren Truppenteiles aus unbedingt republikanisch zuverlässigen Elementen vom Reichswehrminister angeordnet worden sei. Diese Meldung beruht nach Erkundigungen der München-Augsburger Abendzeitungen auf Wahrheit. Reichswehrminister Dr Geßler und General v. Seekt haben einen Erlaß herausgegeben, der die Bildung eines neuen, starken republikanischen sicheren Reichswehrverbandes auf Kosten aller übrigen Reichswehrteile unter dem Namen Brigade von Döberitz vorschlägt.**

Revolution in Mexiko

Amsterdam, 23. April. Das Allg. Handelsbl. meldet aus Neuyork, daß die mexikanische Revolution sich ständig ausbreite. Carranza sei in der Stadt Mexiko von drei Seiten eingeschlossen. Auch nichtamtliche Berichte heben die zunehmende Stärke der revolutionären Bewegung in Sonora hervor. Zwei weitere Staaten haben sich der Abtrennungsbewegung angeschlossen. Die mexikanische Gesandtschaft erklärt, die Revolution habe nur örtlichen Charakter.

All das erklärt aber noch nicht die Plötzlichkeit des Entschlusses dieser Tage. Nun, sie ist im Grunde darauf zurückzuführen, daß die Ueberzeugung Platz gegriffen hatte, daß es doch nicht gelingen werde, die Genossen im Lande zu befriedigen, wenn man versuchen wolle, mit den jetzigen Männern die Regierungspolitik auf die Forderungen der 11 Punkte zu stellen. Dazu kamen einige Vorkommnisse, vor allem die Verzögerung der erforderlichen Maßnahmen wegen der Sicherung des Mai-Feiertags, die neu die Ansicht wachriefen, daß es der Regierung doch nicht ernst mit einem entschiedenen Handeln zur Durchführung der elf Punkte und andrer Forderungen sei. Und so kam man allerdings recht übereilt zu dem Entschlusse, das schon vor vier Wochen angebotene Rücktrittsanerbieten des Ministerpräsidenten anzunehmen. Völlig irrig ist die in bürgerlichen Blättern vertretene Ansicht, daß die Hölz-Affäre den Anstoß gegeben hätte. Sie ist bei den entscheidenden Entschließungen nicht einmal erwähnt worden.

Nochmals sei erwähnt, daß trotz einem unverkennbaren Ruck nach links innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion, der besonders durch den Kapp-Putsch verursacht ist, doch in keiner Weise die Absicht besteht, das seitherige Zusammengehen mit der Demokratischen Partei aufzugeben und auf eine gemeinsame Regierung mit den Unabhängigen zuzukommen. Man war sogar der Ansicht, daß die demokratischen Vertreter in der Regierung von der Umbildung gänzlich unberührt bleiben und die Umstellung sich nur auf die sozialdemokratischen Vertreter erstrecken sollte. Soweit von einem neuen Kurs geredet wird, ist das nur insoweit richtig, als angestrebt wird, die neue Regierungspolitik auf die bekannten 11 Punkte einzustellen, was nach Lage der Sache, bei allen Bedenken, die wir gegen einzelne haben, eine Selbstverständlichkeit ist.

Zu dem Rätselraten bürgerlicher Zeitungen über die neuen Männer sei nur so viel gesagt, daß sich in keiner Weise darüber etwas Bestimmtes sagen läßt, daß aber gerade die Namen, die genannt werden, kaum in Betracht kommen können. n.

* * *

Die Durchführung der elf Punkte

Genosse **Otto Uhlig** sendet uns folgende Zuschrift:

Die „Mehrheit der Redaktion" hat es für nötig erachtet, dem Artikel über die Regierungskrise in Sachsen eine Bemerkung anzuhängen und darin zum Ausdruck zu bringen, daß die sächsische Regierung sich mit größerer Entschiedenheit hätte auf den Standpunkt der elf Forderungen stellen müssen, die von der Kammerfraktion aufgestellt worden sind. Man darf also wohl annehmen, daß die Redaktionsmehrheit der Meinung ist, die Regierung habe nichts oder Ungenügendes zur Durchführung der elf Forderungen getan. Trotz dem Fettdruck, in dem die Bemerkung erfolgt ist, darf dazu aber gesagt werden, daß sie auf einem starken Irrtum beruht. Denn an allen Forderungen ist eifrig gearbeitet worden. Die Zeitfreiwilligenformationen sind so weit abgebaut, daß nur noch die Reste vorhanden sind, die für das Abwicklungsgeschäft gebraucht werden. Für die Demokratisierung und Reinigung der Reichswehr sind, soweit Sachsen darauf Einfluß hat, energische Arbeiten schon seit langem im Gange. General Maercker ist erledigt. Die Landessicherheitspolizei ist auf die Sicherung ihrer demokratischen Zuverlässigkeit eingehend geprüft worden. Zwei Offiziere, die einer solchen Prüfung nicht vollkommen standhalten konnten, waren genötigt, ihren Abschied zu nehmen. Die Stellung der Zivilkommissare ist in einer Weise gestaltet worden, die sicher den gestellten Forderungen Rechnung trägt. Die darauf bezüglichen Arbeiten waren gerade zum Abschluß gebracht, als es die Fraktion für geraten fand, die Krisis herbeizuführen. Die Richtlinien für die Einwohnerwehr sind im Sinne der Forderungen vorbereitet worden; die Arbeit konnte nur deshalb nicht zum Abschluß gebracht werden, weil die Ententeforderungen eine abwartende Haltung erfordern. Die wirtschaftliche Fragen betreffenden Forderungen, die noch in Betracht kommen, richten sich an die Ministerien, die voraussichtlich gar nicht von der Krisis berührt werden. Zweifellos werden aber auch sie mit allem Ernste bearbeitet. Uebrig bleibt nur die Forderung der Demokratisierung des Verwaltungskörpers. Daß diese komplizierte Frage von heute auf morgen gelöst werden kann, werden sicher auch die Verfechter der Forderung nicht erwarten. Sie bedarf gründlichen Studiums und ernster Prüfung, für die trotz allem bereits einleitende Schritte unternommen sind.

*

Es erübrigt sich, darüber zu diskutieren, ob die gestrige Bemerkung der Redaktionsmehrheit nötig war oder nicht. Wir wollen nur kurz und ohne polemische Floskeln eingehen auf die hier erhobenen sachlichen Einwendungen und wollen uns dazu äußern, soweit die Probleme eine Zeitungsdiskussion überhaupt vertragen.

Die Zeitfreiwilligenformationen sind allerdings im Abbau begriffen. Die noch vorhandenen Reste betragen jedoch allein in Dresden an die 300 Mann. Wir haben schon einmal bezweifelt, daß ein so starker Truppenkern zur Abwicklung nötig ist. Wie nach den uns gewordenen Mitteilungen die Dinge jetzt liegen, können diese 300 Mann im gegebenen Falle das gesamte Regiment binnen wenigen Stunden wieder auf die Beine bringen. Die Reichsregierung muß mit Nachdruck ersucht werden, diese Abwicklungsstelle nicht zu Sammelkommandos ähnlicher Art werden zu lassen, wie sie als Restbestände des alten Heeres nach seiner Auflösung noch manchenorts im Verborgenen blühten.

Ueber die Landessicherheitspolizei ist uns bis in die letzten Tage hinein berichtet worden, daß ein Teil der Mißstände, die von der Fraktion getadelt worden sind, noch besteht und daß andere